

## Freiheit – oder Wirtschaftsdiktat?



Der schleichende Umbau unserer demokratischen Strukturen und ein Abbau der demokratischen Rechte von uns Bürgerinnen und Bürgern ist unübersehbar geworden.

Schleichend ist dieser Um- und Abbau unserer Direkten Demokratie, weil er

weder offen deklariert noch für jedermann offenkundig vollzogen wird, was ein unehrliches Ziel befürchten lässt. Der Um- und Abbau unserer Direkten Demokratie geschieht nicht dadurch, dass einzelne unserer demokratischen Rechte aufgehoben würden – nein! Das wäre viel zu auffällig. Ganz diskret und unauffällig sollen Um- und Abbau unserer Direkten Demokratie vor sich gehen. Viel erfolgreicher ist es offensichtlich, die bestehenden demokratischen Strukturen stehen zu lassen, und schlagkräftige neue Strukturen daneben aufzubauen, mit welchen dann die bestehenden demokratischen Strukturen unterlaufen werden können.

Diese neuen Strukturen haben zudem den wesentlichen Vorteil, dass sie lediglich demokratisch klingen, aber überhaupt nicht demokratisch sein müssen.

Typisches Beispiel solch einer neu ins politische Leben gerufenen undemokratischen Struktur sind die Wirtschaftsmetropolen, etwa der Westschweizer Wirtschaftsraum mit den Kantonen Bern, Freiburg, Genf, Waadt, Neuenburg und Wallis oder der «Metropolitanraum Zürich», welcher zu den 16 in einem EU-Forschungsprogramm als «Europäische Motoren» klassierten städtischen Räume zählt, die in verschiedener Hinsicht eine führende Rolle in Europa spielen sollen. Der als Verein konzipierte «Metropolitanraum Zürich» ist also – Sie haben es richtig gelesen – ein Programm der EU, der Schweiz von fremden Mächten aufoktroziert. Alleine diese Tatsache lässt Schlimmes befürchten.

Der «Metropolitanraum Zürich», welcher die Kantone Zürich, Zug, Luzern, Schwyz, Thurgau, Aargau, St. Gallen und Schaffhausen zu einem politischen Wirtschaftsraum zusammenfasst, ist – und auch darüber sind wir Bürgerinnen und Bürger nie aufgeklärt worden – ein vom Bund technisch und finanziell unterstütztes Modellvorhaben. Der Verein «Metropolitanraum Zürich» soll zur Förderung einer ganzheitlichen und grossräumigen Entwicklungsperspektive **politisch aktiv** werden, um die Spitzenposition zu festigen, die der Wirtschaftsraum Zürich heute auf nationaler und internationaler Ebene einnimmt.

Ein aus kantonalen Exekutiven gebildeter Verein will unter der Schirmherrschaft von Bund und EU im Interesse der Wirtschaft **politisch aktiv** werden. Haben wir in der Schweiz nicht die beiden Kammern, den National- und den Ständerat, in welchem die Kantone vertreten sind und die Möglichkeit haben, ihre Interessen einzubringen? Und jetzt diese undemokratische, nicht legitimierte Zusammenrottung von Kantonen. Oder sind Ihnen etwa Exekutiv-Parlamente (ein Widerspruch in sich selbst) bekannt?

In diesem Zusammenhang muss auch das «Haus der Kantone» mit seinen vielen Direktorenkonferenzen, bzw. der Regierungskonferenz, als weiteres Beispiel solcher neu ins politische Leben gerufenen undemokratischen Strukturen erwähnt werden. Auch wenn offiziell bescheiden vom «Haus der Kantone» gesprochen wird, sehen einige Kantonsgrössen darin das «neuen Bundeshaus»; das «Anti-Bundeshaus». Die neue Macht der Kantone wird in einem der stolzesten und schönsten Gebäude der Stadt unterstrichen und angemessen sichtbar gemacht. Die undemokratischen nicht legitimierten Strukturen bzw. Wirtschaftsmetropolen, als Wirtschaftsprogramm der EU, sind in mancherlei Hinsicht vergleichbar mit der EU.

Gleich wie der «Metropolitanraum Zürich» ist auch die EU im Interesse fremder Mächte, vornehmlich auf Druck der USA, als demokratiefeindlicher Gegenpol zur freiheitlichen, die Souveränität der Staaten achtenden EFTA ins Leben gerufen worden. Die EU hat zur Aufgabe, die Wirtschaftsmacht Europas zu spalten und zu schwächen. Zur Verhinderung einer Gegenwehr werden die in den Staaten Europas gewachsenen demokratischen Strukturen unterlaufen.

Weil die Schweiz, der damalige Bundesrat und die schweizerische Bevölkerung dies bemerkten und ihre staatliche Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit weder schmälern noch aufgeben wollten (vgl. dazu Bundesblatt 1960, S. 853 f), hat die Schweiz vor fünfzig Jahren mit der EFTA, dem «Europä-

schen Freihandelsabkommen» einen Weg gewählt, der offensichtlich freiheitlicher und bis heute auch erfolgreicher ist als derjenige der EU. Die EFTA hat der Schweiz und uns Bürgerinnen und Bürgern erst noch die Souveränität belassen.

Bekanntlich hat der Bundesrat heimlich, d.h. ohne Wissen und ohne Zustimmung der Stimmberechtigten den EWR- bzw. EU-Beitritt als sein strategisches Ziel erklärt und ein entsprechendes Beitritts-gesuch deponiert. Dementsprechend katastrophal hat er seine Verhandlungen mit der EU geführt, weil er – was heute offiziell ist – nie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum seiner Bemühungen gestellt hat, sondern immer von einem baldigen EU-Beitritt ausgegangen ist.

### Themen in dieser Ausgabe:

Freiheit – oder Wirtschaftsdiktat?	S. 1+2
Überwachung durch den Staat – die Schweiz ist vorne mit dabei	S. 2
EU: Mehr Demokratie!	S. 3
Zum Minarett-Verbot	S. 3
Bürgerinnen und Bürger schreiben ...	S. 4

Zum Glück ist das Schweizervolk bis heute standhaft geblieben. Es ist den Schmalmaienklängen der EU-Befürworter im Bundeshaus nicht erlegen, was diese veranlasst hat, nach Umwegen zu suchen.

Jedenfalls ist das Beitritts-gesuch bis heute nicht zurückgezogen worden, obwohl die «Europäische Union» am 1. Dezember 2009 auf Kosten der Souveränität der angeschlossenen Staaten und deren Bürger zur Rechtsperson geworden ist. Der Lissabonner Reformvertrag, welcher ohne Zustimmung oder erst nach entsprechendem Würigen und Bedrängen der betroffenen Bürger Europas zustande kam, zwingt die Staaten Europas unter die zentrale Führung der EU. Er bringt eine Unterordnung und entsprechenden Verlust an staatlicher Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit der einzelnen Teilstaaten, was von allem Anfang an erklärtes Ziel der «Europäischen Union» gewesen ist.

Ein aufmerksamer Leser der letzten Ausgabe unseres Bulletins macht uns darauf aufmerksam, dass es sich bei der derzeitigen Diskussion um die Gewaltenteilung in der EU im Grunde genommen lediglich um eine Diskussion unter Aristokraten handelt. So wie seinerzeit Montesquieu als Antidemokrat sich lediglich dafür interessierte, wie die Macht unter den Aristokraten aufgeteilt werden soll, so interessiert die heutige Machtelite wenig, wie echte Direkte Demokratie unter Einbezug des Volkes gelebt werden kann.

Dass dem tatsächlich so ist, bestätigt auch die neuste Errungenschaft der EU, die sogenannte EU-Bürgerinitiative, die ihren Namen nicht verdient.



Diese kann nicht über das eklatante Demokratiedefizit innerhalb der EU hinwegtäuschen. Mit ihr können eine Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus mindestens acht EU-Staaten mit ihrer Unterschrift die EU-Kommission lediglich auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu präsentieren. Die Unverbindlichkeit dieser sogenannten Bürgerinitiative vermag den Ansprüchen einer echten Direkten Demokratie, in welcher das Volk den Meinungsbildungsprozess mitgestaltet und die Gesetzgebung mitbestimmt, sicher bei weitem nicht zu genügen, wie auch die Autoren Michael Efler, Gerald Häfner, Roman Huber und Percy Vogel in ihrem Buch «Europa – nicht ohne uns!» (VSA: Verlag Hamburg, Januar 2009, S. 87 und 131) eindrücklich bestätigen.

Die Europäische Union mit ihrer Pseudo-Demokratie dient in Wirklichkeit doch lediglich dazu, die Souveränität der Völker Europas und der Nationalstaaten zugunsten einer supranationalen, globalen, undemokratischen Institution abzubauen. Die Spaltung und Schwächung der Wirtschaftsmacht Europas geht damit einher. Darin besteht die eigentliche Bedeutung der Europäischen Union. Was sonst kaum zu erreichen wäre, soll in Europa und in der Schweiz auf dem Umweg neuer Struk-

turen möglich werden. Zur Täuschung der Öffentlichkeit werden uns die neuen Strukturen möglichst positiv hingestellt! Uns wird die «Europäische Union» für Europa und damit für uns Bürgerinnen und Bürger, für unser Leben und unsere Zukunft verkauft. Die demokratiefeindliche «Europäische Union» wird manipulatorisch gleichgesetzt mit der Zukunft der Demokratie, der Möglichkeit mitzubestimmen, das eigene Schicksal und das der anderen in unserem Teil der Welt mitzugestalten, was natürlich überhaupt nicht stimmt.

Und plötzlich heisst es: **Europa** ist eine grossartige Sache; wie wenn die EU Europa wäre. Die «Europäische Union» wird als Idee einer zunehmenden Überwindung von Grenzen, einer immer engeren Zusammenarbeit und eines dauerhaften Friedens glorifiziert, obwohl dieses Ziel mit der EFTA viel besser erreicht werden könnte. Zum Schein wird vernünftig anerkannt, dass von der Klimapolitik bis hin zum Schutz der Meere vor Verschmutzung und Überfischung viele Fragen heute in zwischenstaatlicher Kooperation angegangen und gelöst werden müssen. Wie schön! Warum nicht mit der EFTA, die im Gegensatz zur EU hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten kann, ohne uns die Souveränität zu rauben?

Was auf nationaler Ebene mit einem «Haus der Kantone», mit «Direktoren-Konferenzen», mit «Fusionieren» und einem «Metropolitanraum» etc. erreicht werden soll, ist unter Täuschung der Bürgerinnen und Bürger auch Aufgabe und Ziel der „Europäischen Union“: Die Aushöhlung unserer demokratischen Rechte, die Verlagerung nationaler Kompetenzen auf überregionale, supranationale, globale, undemokratische Gebilde zur Beherrschung der Volkswirtschaften im Interesse multinationaler Gesellschaften.

Wo bleibt hier die vielgepriesene Würde und das vielbeschworene unverbrüchliche Recht des Volkes? Dieses wird uns nicht geschenkt. Dafür müssen wir kämpfen, denn wer in der Freiheit schläft, wacht in der Diktatur auf. Dass wir auf dem Weg dahin sind, belegt auch unser Artikel zur «Überwachung» von uns Bürgerinnen und Bürger.

Stehen Sie mit dem Verein «Bürger für Bürger» ein für unsere Würde und unser Recht.

VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER



Präsident Dr. Markus Erb

## Überwachung durch den Staat – die Schweiz ist vorne mit dabei.

Kurt Weber, Rebstein

*Liebe Leserinnen und Leser  
Mit diesem Artikel möchten wir sie für ein Thema sensibilisieren, das bereits zu unserem Alltag gehört und doch nicht in seiner Konsequenz wahrgenommen wird. Es bildet sich ein Netz von Überwachung und Kontrolle mit einer rasanten technischen Entwicklung, ein globaler Prozess, und es scheint, dass ein Mitmachen unumgänglich sei. Die Massnahmen zur Überwachung des Bürgers werden uns schmackhaft gemacht mit Sicherheit, Verbrechensbekämpfung, Terrorismusbekämpfung, Konsumentenschutz, bequemem Einkaufen und vielem mehr.*

### Videüberwachung:

In Deutschland sind derzeit schätzungsweise vierhunderttausend Videüberwachungskameras installiert. Man hat sich vor allem in den Städten schon fast an das Bild gewöhnt. Die Technik bleibt aber nicht stehen: «**sprechende Überwachungskameras**» – nebst einigen Millionen Überwachungskameras plant die **Britische Regierung** nach einem Testversuch, in vielen Städten Kameras mit Lautsprechern zu verbalen Disziplinierung von Missetätern zu installieren. Nach mehrmaligem Aufruf kann das Täterbild dann auch in Zeitungen veröffentlicht werden. Ziel: Antisoziales Verhalten und Vandalismus bekämpfen.

Auch in den **Niederlanden** wird mit intelligenten Überwachungskameras experimentiert. Ein System, das durch automatische Stimmenanalyse aggressives Verhalten ermitteln soll, wird in verschiedenen Städten getestet. Dabei werden an Überwachungskameras sensible Mikrofone angebracht.

An der University of East Anglia erforscht man eine Technik der Videüberwachung, die es ermöglichen

soll, das Gesagte von den Lippen abzulesen und in Text umzusetzen. Ziel ist, in Umgebungen wie Kneipen oder auf Strassen auch lauschen zu können (Quelle: Telepolis «Landesweit sprechende Überwachungskameras».)

### Fliegende Drohnen:

Eine Drohne ist ein kleines unbemanntes Flugzeug, das mit Kameras ausgestattet ist und aus der Luft «mittels Funkchip» permanent Bilder übermitteln kann. Weltweit federführend in der Entwicklung von Drohnen war bisher der Staat Israel (militärische Fernüberwachung von bestimmten Zonen, Abschluss von Minibomben ohne Einsatz von Piloten usw.) Auffällig ist, dass sich nun mehrere europäische Staaten, die weder mit einer Besatzung noch einer Bürgerkriegssituation konfrontiert sind, für diese Geräte interessieren.

**Frankreich:** Anstatt soziale Lösungen für Brennpunkte zu suchen, bereitet sich der Sicherheitsapparat Frankreichs offenkundig darauf vor, sie mit technologischen Mitteln zu beherrschen und aus der Ferne zu überwachen. «ELSA» (Engin léger pour la Surveillance aérienne) ist ein leichtes Gerät für die Luftüberwachung, eine so genannte Drohne. Drohnen sind bisher nur eine militärisch genutzte Technologie gewesen und sollen nun über sozialen Brennpunkten oder bei Demonstrationen eingesetzt werden. Es ist keine Präsenz vor Ort mehr nötig – «sehen ohne wahrgenommen zu werden» ist das Credo der Überwacher.

Die erste Auslieferung war am 15. Dez. 2007. Geplant ist vorerst ein testweiser Einsatz durch die Polizeikräfte, danach schrittweiser Erwerb durch die Kommissariate. Die Kosten pro Stück betragen

zehntausend Euro. Dazu will der Innenminister Michele Alliot Marie einen parallelen Ausbau (Verdreifachung) der Videüberwachung, um sich an britische Dimensionen anzunähern. Derzeit sind ca. 1 Million Überwachungskameras in Frankreich im Einsatz.

**Grossbritannien:** Projekt Astraea: Die Regierung möchte gerne die sozialen Brennpunkte der Hafenstadt Liverpool auf diese Art überwachen.

**Belgien:** Die Brüsseler Polizei macht geltend, dass es sich um eine praktische Art handelt, ohne grösseren Aufwand einen Überblick über die am Sitz der EU-Institutionen besonders zahlreichen Demonstranten zu behalten. Auch ist vom Einsatz bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit die Rede.

### RFID Verkehrsdatenerfassung:

Realität auf den **Bermudas**: Dort wurde im Mai 2007 ein RFID System installiert, mit dem auf den Strassen alle Autos erfasst werden. Wenn ein Auto eine Kontrollstelle passiert und keinen RFID Chip an seiner Windschutzscheibe hat, wird es fotografiert, so dass der Halter ermittelt werden kann. Die Behörden wollen angeblich auf diese Weise Verluste durch nicht zugelassene Fahrzeuge reduzieren

Nach erfolgreichen Tests in **Japan** wollen die Verkehrsbehörden von **Malaysia** Neufahrzeuge künftig nur noch mit funkenden Nummernschildern zulassen. Die sogenannten e-Plates lassen sich über stationäre oder mobile Scanner dann nicht nur an jeder Strassenecke, sondern auch über Entfernungen von bis zu 100 Meter auslesen. Die in die Kennzeichen integrierten Long-Range-Funkchips enthalten Informationen über den Halter sowie Fahrzeugdaten.

(Fortsetzung folgt)

## Mehr Demokratie!



In der letzten Ausgabe unserer Zeitung haben wir im Artikel «Rückfall in den Absolutismus» verschiedentlich auf das mangelnde Demokratieverständnis der EU hingewiesen. Diverse Anfragen haben den Vorstand «Bürger für Bürger» nun bewogen, sich intensiv mit dem Thema «Europäische Union» auseinander zu setzen.

Am 1. Dezember 2009 ist der Lissabonner Reformvertrag der EU in Kraft getreten. «Brüssel» meldet folgende Neuerungen: Die rechtliche Grundlage ist die wichtigste Änderung. Die europäischen Gemeinschaften gehen nun über in die Europäische Union, die damit Rechtsperson wird. Sie kann jetzt also selber Verträge abschliessen. Die Aussen- und die Sicherheitspolitik bleiben weiterhin den Mitgliedstaaten und der Übereinstimmung vorbehalten. Teilnahme an Aktivitäten der EU im militärischen und im zivilen Bereich bleiben freiwillig. Was der neugeschaffene Posten eines Hohen Repräsentanten für Aussen- und Sicherheitspolitik betrifft, kann dieser nur das vertreten, was die

Mitgliedstaaten einstimmig beschliessen. Die Justiz- und die Innenpolitik wird in das System der Mehrheitsentscheide der Mitgliedstaaten und der Mitentscheidung des Parlaments eingebunden. Das Einstimmigkeitsprinzip ist dadurch aufgehoben. Aber: Eile mit Weile – es wird bis zur Umsetzung Jahre dauern. Oberstes Gebot ist die Konsolidierung des bisher Geschaffenen.

Das EU-Parlament wird gestärkt. Es muss in sämtlichen Budgetfragen und in der Innen- und Justizpolitik zustimmen und hat ein Mitspracherecht bei den grundsätzlichen Fragen in der Landwirtschaftspolitik. Nationale Parlamente können Einspruch gegen Gesetzesentwürfe der EU-Kommission erheben. Das Initiativrecht wird im Bereich Justiz und Inneres auf die Mitgliedstaaten ausgedehnt, wenn ein Viertel der Staaten einen Vorschlag mitträgt. Die Bürger können mit einer Million Unterschriften eine Volksinitiative starten. Der Gerichtshof der EU wird vermehrt für Justiz

und Inneres sowie Grundrechte zuständig sein. Erwähnenswert ist auch die Stärkung der EU-Energiepolitik. Steuerfragen bleiben in der alleinigen Kompetenz der Mitgliedstaaten. Sie fassen dazu auch weiterhin nur einstimmige Beschlüsse. Die 27 Mitglieds-Länder stellen je einen Kommissar in der EU-Kommission.

**S**oweit so gut. Sollen wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger nun plötzlich Euro-Turbos werden? Eher nicht. Wir wollen uns aber über die EU genau informieren – denn unsere EU-freundlichen Politiker arbeiten im Hintergrund ganz perfid am EU-Beitritt weiter. \* Der Vorstand «Bürger für Bürger» will in den nächsten Ausgaben unserer «Bürger-Zeitung» zusammen mit der in Deutschland domizilierten Vereinigung «Mehr Demokratie!» eine genaue Analyse über die Demokratiefreundlichkeit der «Lissabonner»-EU starten.

(Fortsetzung folgt)



*Christine Beerli, einer alten Bekannten, Swissmedic-Präsidentin, wurde dank der Schweinegrippe wieder einmal ein Auftritt im Staatsfernsehen ermöglicht. Den Impfstoff Pandemrix habe Swissmedic tatsächlich 23 Tage später an die Impf-Freudigen verteilen können als die europäische Arzneimittelbehörde.*

*Eine Vereinbarung mit der EU hätte das Ganze wesentlich beschleunigt.*

*Gesundheitsminister und Euro-Turbo Didier Burkhalter hat das dann sofort an die Hand genommen und in den Medien verbreiten lassen, dass er die Zusammenarbeit mit der EU eingeleitet habe.*

*Ein FDP-Gespinn, das offensichtlich harmonisiert!*

## Minarett-Verbot: In der Schweiz werden keine weiteren religiös-politischen Wahrzeichen des Islams geduldet.

Das Volk hat am 29. November 2009 gesprochen. Die Unruhe ist gross – besonders im Lager der Meinungsforscher, der Politiker und der Intellektuellen. Für einmal liess sich das Stimmvolk nicht manipulieren. Es hatte auch keine Ängste. Es hatte ganz einfach nur den Mut zu sagen: bis hierher – und nicht weiter.

370'000 Menschen aus islamischen Staaten halten sich in der Schweiz auf. 40'000 davon bekennen sich zum Islam. Der Islam ist in seiner Substanz eine Religion der Ein- und Ausschliessung, der Gesetze und Regeln, der Zuweisung von Rollen und überhaupt des «richtigen» Verhaltens.

Die meisten Menschen aus islamischen Staaten sind zu uns gekommen, weil sie der Schreckensherrschaft von totalitären Religionsführern entfliehen wollten. Sie möchten ein Leben führen in Freiheit, mit Zukunftsperspektiven für sich und ihre Kinder. Die meisten von ihnen arbeiten hart um ihr tägliches Brot und sind in ihren Gemeinden und am Arbeitsplatz sehr willkommen und geschätzt.

Diese Menschen melden sich nicht zu Wort. Das Politisieren überlassen sie lieber den Schweizern und den Extremisten. Und unter Extremisten sind vor allem jene Intellektuellen und Politiker zu verstehen, welche die Frechheit haben, einen Volksentscheid postwendend als «nicht menschenrechtskonform» anzuzweifeln.

Ein Beitrag in der NZZ vom 12.12.2009 soll diesen «Demokraten» und Hütern der Menschenrechte einen Hinweis geben, warum das Volk keine weiteren religiös-politischen Wahrzeichen des Islams duldet – und was

*wir unter Menschenrechten verstehen:*

**Tyrannis in Teheran**

Werner Bloch . Der Künstlerin Parastou Forouhar, einer der wichtigsten Stimmen der iranischen Gegenwartskunst, haben Irans Behörden beim Versuch ihrer Ausreise den Pass abgenommen. Die Situation ist unerträglich und grotesk: Forouhar, die seit 1991 in Deutschland lebt und arbeitet, wird jetzt im Haus ihrer Eltern in Teheran festgehalten, die dort am 21. November 1998 von Mitgliedern des iranischen Geheimdiensts niedergemetzelt worden waren – der Vater mit 11, die Mutter mit 21 Dolchstichen.

Im selben Zimmer, in dem man damals die Leichen fand, sitzt heute die Tochter – als würde sich in dieser Tragödie das Schicksal eines Menschen vollziehen, einer Antigone, die ihre Eltern beerdigen möchte. Doch nicht das Schicksal zieht hier die Fäden, sondern die Machtclique in Iran. Unfassbar: Den Mord an den Eltern hat der iranische Geheimdienst, der sich «Informationsministerium» nennt, damals zugegeben. Jetzt klagt derselbe Geheimdienst Parastou Forouhar nicht näher genannter Verbrechen an – gemeint sind wahrscheinlich die Interviews, die sie in den letzten Wochen in Iran gegeben hat. Die Tochter der Ermordeten, das Opfer, wird zur Täterin stilisiert.

Jedes Jahr hat Parastou Forouhar am Jahrestag der Ermordung ihrer Eltern Kunstaktionen zu deren Ge-

denken durchgeführt. Mit bedingungslosem Mut ist diese Frau in die Hauptstadt des Landes gefahren, das ihr Vater und Mutter genommen hat und dessen Bürgerin sie nach wie vor ist. Als Künstlerin und Individuum ist sie dem Staat allein entgegengetreten – eine Steinschleuder hat sie nicht, wohl aber ihre auf den ersten Blick so unschuldig, so unscheinbar wirkende Kunst: ein Daumenkino etwa, das beim Abblättern die Steinigung einer Frau zeigt. Oder die immer wieder variierten Folterszenen, die sich genau da verbergen, wo sie keiner vermutet: in anmutigen Tapetenmustern, in der Pracht hochherrschaftlicher Ornamente, hinter deren Fassade der Totalitarismus durchschimmert.

Parastou Forouhar liebt ihr Land, auf ihren iranischen Pass hat sie nie verzichtet, obwohl sie schon lange in Deutschland lebt. Doch die Herrschaft der Mullahs ist für sie in besonderem Masse unerträglich. Anstatt die Trauer über die Ermordung ihrer Eltern, zweier bekannter Oppositionspolitiker, ins Private zu bannen, macht sie diese Trauer öffentlich, hält sie empor und wird zu einer Instanz, die das Regime schon desavouierte, lang bevor in diesem Sommer die Massenproteste ausbrachen. Selbst jetzt, im Arrest im elterlichen Haus, spielt Parastou Forouhar eine führende Rolle in dem Drama, das derzeit die Gewaltherrschaft im schiitischen Gottesstaat erschüttert – jeden Tag mehr. (Lt. Zeitungsberichten durfte Frau Forouhar Mitte Dezember nach Deutschland zurückkehren.)

# Bürgerinnen und Bürger schreiben...

Dieses «Forum» steht allen Bürgerinnen und Bürgern zum Gedankenaustausch offen. Der Vorstand «Bürger für Bürger» übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt. Leserbriefe bitte senden an: Otto Kotz, E-Mail: otto.kotz@gmx.ch Bahnhofstrasse 34, 8264 Eschenz

Der «Toleranzartikel» des «Club helvétique».

Besonders «helvétique» ist es ja nicht, ein eindeutiges Abstimmungsergebnis nicht anzuerkennen. Von der Seite dieses «Club» aber auch nicht verwunderlich, sind doch diese Leute der intellektuelle Stosstrupp des EU-Integrationsbüros in Bern. (s. Hans Letsch, «Wieviel Führung braucht die Demokratie», 2003.)

Mit Ausnahme des sogenannten Parlaments, das nach einem bestimmten Parteischlüssel gewählt wird, aber fast nichts zu sagen hat, gibt es in der EU keine demokratischen Strukturen. Die «Verordnungen», «Richtlinien» usw. werden von der Kommission und ihrer Verwaltung erlassen und überwacht (s. «Europa: Nicht ohne uns!», VSA-Verlag, Hamburg). Die «Kommission» besteht aus Personen, die von den Regierungen der Mitgliedsländer entsandt werden. Wir übernehmen also Vorschriften, die nicht auf demokratischem Weg zustande gekommen sind. Für eine solche Organisation zu arbeiten, ist noch viel weniger «helvétique». Zudem ist «Toleranz» ein zweifelhaftes Wort: Es verlangt von den Bürgern, etwas zu ertragen, was ihnen widerstrebt. In unserer Direkten Demokratie müssen die Stimmberechtigten weder Religionsphilosophen, noch Architekten, noch besonders edle Menschen sein. Sie haben das Recht, zu sagen: «Nein, danke vielmals, das geht mir zu weit». Ein Recht, von dem der Rest der Welt nur träumen kann.

Verena Guran-Fierz, 8126 Zumikon

**Mein Vorschlag: Vorverschiebung der Wahlen ins eidgenössische Parlament um ein Jahr:**

So wie ich es sehe, müssten jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Nach dem ersten Weltkrieg herrschte ebenfalls eine krisenhafte Situation. Wenn ich mich recht erinnere, wurde damals die Neuwahl des Parlaments vorgezogen.

Nach meiner Beurteilung hat sich das jetzige Parlament als unwillig oder unfähig erwiesen, eine das Volk repräsentierende handlungsfähige Regierung (Bundesrat) zu bestellen. Es scheint mir unverantwortlich, Bundesrat und Parlament in der jetzigen Zusammensetzung noch zwei Jahre länger weiter wursteln zu lassen. Sie sind in meiner Sicht den sich stellenden Problemen nicht gewachsen, weder jenen im Innern noch jenen, die von aussen kommen, und einzelne Bundesräte, die sich beserwischerisch über den Volkswillen, den Souverän, hinwegsetzen, verletzen die von ihnen beschworene Verfassung.

Da diese wohl kaum freiwillig zurückzutreten bereit sind, sollte nach meiner Meinung die Neubesetzung des Parlaments um ein Jahr auf den Oktober 2010 vorgezogen werden, damit danach solche Mitglieder des Bundesrats bereits im Dezember 2010 und nicht erst 2011 ersetzt werden können. Etwas anderes als ihr Eigeninteresse, ihre persönlichen ehrgeizigen Ziele, scheint ja gewisse Leute nicht zu interessieren.

Dr. Friedrich Külling, Hünibach

In der Minarettdebatte wird mit der Forderung nach Unterbinden von «menschenrechtswidrigen» Abstimmungen ein Höllentor aufgestossen: aus dem Gefühl der Zurücksetzung erwächst schnell der Drang, zu einer Fortsetzung der Politik «mit anderen Mitteln» nach Clausewitz zu greifen, und dies könnte zu Gewaltausbrüchen führen. Die Schweiz

ist bekannt als Hort der Selbstbestimmung. Die Bezeichnung «Putsch» ist in Zürich entstanden im 19. Jahrhundert. Die Volksrechte wurden damals ausgestaltet und juristisch fixiert.

Die SP hat sich mit den Wirtschaftskräften arrangiert, hat die Globalisierungsparole aufgenommen, weil sie ausser dem materiell kurzfristigen Wohlergehen keine längerfristigen Ziele mehr befolgt, ihre Führer sind nicht familienorientiert und allzu oft kinderlos. Sie denken nicht mehr in künftige Zeiträume hinein. Militärisch will man die Basis entmachten, eine professionelle Truppe soll es richten, die die obrigkeitlichen Positionen durchzusetzen weiss, auch gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung, wenn diese erst einmal restlos entwapnet ist. Ein deutscher Ausdruck dafür ist das Machtwort: «wir können auch anders!»

Die Schule hat nicht mehr den bisherigen Rückhalt im Volke, weil sie sich zunehmend als Karriereleiter entpuppt und nicht mehr viel zu Charakterbildung beitragen kann wegen der kulturellen Diversität der Schüler. Die Kirchen haben ihre Verantwortung für das Ganze abgegeben und kümmern sich um ihre Gefolgschaft und sind nicht mehr in der Lage, die Politik zu schützen vor sich selbst, ihre traditionelle Funktion als Antagonist zum Staat geht verloren. Dieser erklärt sich zum Hüter der «letzten Dinge» und wird damit absolutistisch.

Florin Andri, Kilchberg ZH

**Wozu ein Verfassungsgericht?**

Andreas Gross, SP-Nationalrat, Mitglied des Europarates und «Lehrbeauftragter für Direkte Demokratie» fordert ein schweizerisches Verfassungsgericht mit dem «unliebsame» Initiativen gewissermassen im Keim erstickt und durch Richterspruch für ungültig erklärt werden können.

**VÖLKERRECHT KONKURRENZIERT  
SCHWEIZER FREIHEITSRECHT!**

Gross und seine Gesinnungsgenossen befürworten ein Verfassungsgericht, weil allein schon dessen Existenz viele einschüchtern und davon abhalten wird, politisch «unkorrekte» oder «unbequeme» Initiativen zu lancieren.

Keiner dieser Befürworter deklariert offen, dass damit die Direkte Demokratie abgebaut werden soll. Zur Irreführung der Stimmberechtigten wird vielmehr behauptet, so ein Gericht würde unsere Direkte Demokratie sogar ausbauen und stärken. Ein Gericht kann, selbst wenn es paritätisch zusammengesetzt wäre, niemals stellvertretend und repräsentativ Volkentscheide treffen.

Despotische Sprüche wie «das Volk hat nicht immer recht» und «entscheidet nicht der Wahrheit gemäss» rufen nach der Frag: Wer oder welche Instanz hat denn «die Wahrheit» für sich gepachtet? Welche politische Kraft soll entscheiden, ob eine Initiative gültig oder ungültig ist; etwa ein mit politisch befangenen Richtern bestelltes Verfassungsgericht, oder fremde Strassburger-Richter? Wer so etwas fordert, entlarvt sich selbst als Demokratie untauglich.

Was vordergründig als Engagement für das Volksrecht «Direkte Demokratie» daher kommt, entpuppt sich bald als ihr Abbau und ihre Einschränkung. Mit den Schlagworten «Weiterentwicklung» und «Verwesentlichung» will Gross nur davon ablenken, dass er eine Anpassung unseres Initiativ-

und Referendumsrechts an das wenig demokratiefreundliche Verständnis des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte anstrebt.

Ehrlicher wäre es, offen zugeben, dass gewissen Politikern unser freiheitliches Rechtssystem zu mühsam ist und deshalb das System Deutschlands mit seiner restriktiven repräsentativen Demokratie, d.h. praktisch nur die Volkswahl der Bundestagsabgeordneten, ganz selten Sachgeschäfte auf lokaler Ebene, als praktikable Regierungsform gewünscht wird.

Wollen wir unser politisches Recht letzten Endes auf das reduzieren lassen, was uns der Europäische Gerichtshof gerade noch zugesteht?

Dann werden diejenigen Recht erhalten, die gegen die Abstimmung über das Minarett-Verbot waren. Und selbst die berechnete Frage zur Überbevölkerung wird in der Schweiz indiskutabel, weil angeblich kein Mensch illegal ist und deshalb «alle Menschen» ein Recht haben, hier in der Schweiz zu leben.

Zu wünschen ist, dass des Schweizer «Immunsystem» von derartigen «Angriffs-Viren» auf unser freiheitlich politisches System angeregt wird, um sich vor Pseudo-Demokraten à la Andreas Gross klar zu distanzieren ...

Marcus Stoercklé jun., Basel

**Die Rattenfänger sind los!**

Am 7. März 2010 soll über die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes, das heisst über eine massive Rentenkürzung, abgestimmt werden. Bereits jetzt schon wird im Internet – offenbar vom Ja-Komitee – ein Kuchenback-Video verbreitet. Er kommt zwar süß daher, ist aber eine perfide, hinterhältige Spin Doktoren-Manipulation: Der Kuchen, den eine Nationalrätin, das FDP-Kürzel wird nicht eingeblendet, weil man vermutlich bürgerliche und linke Wähler übertölpeln will, in den Ofen schiebt, kommt nach der Backzeit drei Mal so gross (!) aus dem Ofen \*. Die Zahl 100 auf dem Geburtstagskuchen soll wohl suggerieren, dass die Rente für alle bis 100jährig reichen würde.

In Wirklichkeit wird aber der Rentenkuchen massiv kleiner, sollten wir Ja stimmen. Ehrlich wäre, wenn man dem Stimmbürger mitteilen würde, um wie viele Franken seine Rente kleiner wird: Der BVG-Umwandlungssatz, der das gesparte Altersguthaben in jährliche Renten umrechnet, soll bis 2015 stufenweise von heute 7,05 % für Männer und 7,0 % für Frauen auf 6,4 % für Frauen und Männer angepasst werden. Damit würde die Rente um fast 10 % kleiner, was zum Beispiel der Senkung einer Monatsrente von 4230 um 390 Franken auf 3840 Franken entspricht.

Die gleiche Nationalrätin ist auch an einer ebenso perfiden Werbung auf der Homepage der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS) beteiligt, wo das «europäische Stimmrecht für die Schweizerinnen und Schweizer» gefordert wird, womit aber der rasche EU-Beitritt der Schweiz gemeint ist. Dabei können die EU-Völker (mit Ausnahme des zum Ja gezwungenen Irlands) nicht einmal über ihre Verfassung (Vertrag von Lissabon) abstimmen. Für diejenigen, die das Zuckerbrot nicht verstehen, wird mit der Angst operiert: «EU-Mitgliedschaft von Island – nicht auf die Katastrophe warten!» heisst es unter dem Bild eines untergehenden isländischen Schiffes. Während locker Milliarden für die UBS, den Autobahnbau, den Ausbau der SBB-Hochleistungsstrecken wie die NEAT oder an die EU ausgegeben werden, soll bei den Rentnern, die ein Leben lang einbezahlt haben, oder im Gesundheitswesen gespart werden.

Peter Aebersold, Zürich